

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Renate Lepsius MdB, stellvertretendes Mitglied im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages: § 218 - eine Reform auch für Katholiken. Seite 1/2

Peter Reuschenbach MdB, stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages, sieht Biedenkopf contra Ruhrgebiet: Der Strauß-Intimus will den wirtschaftspolitischen Nachtwächterstaat. Seite 3

Evzan Erban, Präsident des Tschechischen Nationalrates, sieht immer mehr Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der CSSR, die vertrauensbildend wirken: Gemeinsame Verantwortung. Seite 4-6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

34. Jahrgang / 186 / 27. September 1979

§ 218 - Eine Reform auch für Katholiken

Von Dr. Renate Lepsius MdB
Stellvertretendes Mitglied im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages

"Die Nationalsozialisten haben die Juden getötet, und die internationalen Sozialisten töten ungeborenes Leben. Das, was in unserem Volke passiert, ist exakt der Weg zurück nach Auschwitz." Dies ist Originalton Holzgartner, Arzt aus Bayern, CSU-Mitglied und nicht irgendwer, sondern prominent, mit offiziellen Funktionen der Partei geschmückt. Ein Kardinal stimmt dem zu: "Wenn Abtreibung Mord ist, dann sind 73.000 Abtreibungen eben doch ein Mord in Massen", sagt Kirchenfürst Höffner in einem Rundfunkinterview und bleibt bei diesem Urteil, auch nach einem Schriftwechsel mit dem Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel. "Und ich erkläre hiermit erneut, daß die katholische Kirche in Deutschland sich mit diesem Gesetz niemals abfinden wird." Und nun der Hirtenbrief. Er richtet sich unmittelbar an die katholischen Gläubigen, spart aber nicht mit massiven Vorwürfen an die Adresse des Staates und der Betroffenen.

"In katholischen Gegenden lag die Zahl der kriminellen Aborte höher als in den vergleichbaren Gebieten mit konfessionell gemischter oder evangelischer Bevölkerung", 1973 war es, als uns Abgeordneten des Bundestages der Direktor des Katholischen Zentralinstituts für Ehe- und Familienfragen in Köln auf dieses Faktum hinwies, in einem öffentlichen Anhörungsverfahren. Fürwahr, ein seltsamer Kontrast zur damaligen und jetzt wiederkehrenden Rigorosität kirchenöffentlicher Antworten. Denn die Reform des § 218 ist auch eine Reform für die katholische Bevölkerung. Ein Binnenkonflikt der katholischen Kirche wird sichtbar, weil die Amtskirche viele ihrer Gemeindemitglieder nicht mehr erreicht.

Wenn von Massenmord und Skandal die Rede ist, dann fragt man sich, wie Frauen unter diesem Stigma den vorgeschriebenen



Weg zu Beratungsstellen (auch konfessionellen) überhaupt noch finden werden. Es ist leicht, die Welt mit abstrakten Prinzipien in Ordnung zu bringen, Normen aufzurichten und Verbote zu erlassen, zugleich aber über Konflikte, Ängste und Situationen, die nur Frauen erleiden und erleben, gelassen hinwegzuschreiten, nach dem Grundsatz: Wenn die Normen mit dem Leben nicht übereinstimmen, um so schlimmer für das Leben.

Ich bin auf der Seite der Frauen. Als Abgeordnete, die sich seit 1972 um eine Reform des alten § 218 bemüht hat, die bei den sozialbegleitenden Maßnahmen mitgearbeitet hat, kann ich nicht schweigend hinnehmen, wenn verleumderische Kampagnen à la Holzgartner auf Einschüchterung der Betroffenen abzielen. Ist dies ein Vorgeschmack auf den Wahlkampf, wo Behutsamkeit und gelassene Sensibilität zuerst am Platz wären? Da muß man schon erinnern, wie das war, vor der Reform des § 218. Erinnern an die Dunkelziffern von 150.000 bis 300.000 Schwangerschaftsabbrüchen pro Jahr. Erinnern an die mittelalterlichen Praktiken bei Kurpfuschern, an Tränen und Blut, an mangelnde Sexualaufklärung, soziales Elend und Gesundheitsgefährdung, von der nur Frauen betroffen waren. Die Kriminalisierung durch den alten § 218 hat werdendes Leben nicht geschützt.

Dies sind Tatsachen. Man schafft sie nicht dadurch aus der Welt, indem man sich auf sittliche Werte beruft. Neue Tabus, anklagender Haß und öffentliche Denuntierung der betroffenen Frauen werden die Kluft zwischen dem realen Verhalten von Menschen und der moralischen Rigorosität von Normen nur vergrößern. Und auch Vorwände liefern für erneute Heuchelei. Ich erinnere daran, daß auch nach der Neuregelung des § 218 ein Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich strafbar bleibt und ein Abbruch nur unter Berücksichtigung gegenwärtiger und künftiger Lebensverhältnisse nach ärztlicher Beratung und Stellung vorgeschriebener Indikationen gesetzlich erlaubt ist. Ich erinnere daran, daß durch die Reform des § 218 die Senkung der Zahl illegaler Abbrüche erreicht und im Endergebnis eine bessere medizinische Versorgung und ein höherer Schutz werden den Lebens ermöglicht wird. Ich erinnere daran, daß die Neuregelung der Strafgesetzgebung den Weg zur Beratung erstmals vorschreibt und über die Beratung auch die Austragung einer Schwangerschaft durch eine Verbesserung individueller Lebensverhältnisse gewährleistet werden kann.

Alle Bemühungen würden aber ins Leere zielen, wenn es dabei bleibt, die Konflikte von Frauen ausschließlich als "finanzielle Notlage" materiell zu umschreiben und dann den Sozialstaat anzuklagen. Die soziale Notlagenindikation bündelt eine Reihe gleich schwerwiegender sozialer Konflikte, der mit Mitteln des Sozialstaates nur unzureichend begegnet werden kann. Sozialer Wandel ist hier im Spiel, Wandel in den Einstellungen von Menschen, über den Beratungsstellen am besten informiert sind. Ein Beispiel - von mir im Wahlkreis notiert - mag dies veranschaulichen:

Die Mutter, sie hat sieben Kinder großgezogen, versorgt auch die 80jährigen Großeltern, den Haushalt, den Hund, sie geht auf den Acker und jeden Sonntag zur Kirche. Zusammenbricht sie, nicht weil die Arbeit ihr zu viel geworden wäre, sondern weil der Mann, Frühinvalid geworden, nun im Hause zum Nichtstun verurteilt ist. Sie, die Mutter von sieben Kindern, hat nie Urlaub gemacht und niemand hat bemerkt, daß sie nicht mehr kann. Nun erklärt sie: "Wenn ich die Pille früher zur Hand gehabt hätte, dann hätt' ich höchstens Euch zwei gehabt und hätt' Euch ein besseres Leben bieten können und es auch einfacher gehabt." Protestiert die Großmutter: "Früher haben wir ein Häufel großgezogen", und die Enkelin dazu: "Ich will höchstens ein oder zwei Kinder. Und ich kann mich noch erinnern, wie mein kleinster Bruder auf die Welt kam. Die Mutter im Krankenhaus war. Da hat mein ältester Bruder geweint, ganz bitterlich. Ich hab das nicht verstanden, aber die Mutter hat es erklärt: weil wir schon so viele waren und immer weniger Platz."

Der Gesetzgeber hat den Schwangerschaftsabbruch nicht erfunden, noch kann er die Probleme von heute auf morgen aus der Welt schaffen. Niemand, der das soziale Elend ernst nimmt, denkt an eine Veränderung des § 218 nach der Reform. Vordringlich bleibt verantwortungsbewußte Aufklärung über Familienplanung und Sexualberatung, bleibt der Ausbau von Beratungsstellen und die finanzielle Sicherung von Pro-Familia, also Verbesserung aller Hilfen, damit Kinder zur Welt kommen und unerwünschte Schwangerschaften nicht erst entstehen.

(-/27.9.1979/bgy/ca)



Biedenkopf contra Ruhrgebiet

Strauß-Intimus will den wirtschaftspolitischen Nachtwächterstaat

Von Peter Reuschenbach MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft des Deutschen Bundestages

Was der "wirtschaftspolitische Sprecher" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Professor Biedenkopf schon in der Haushaltsdebatte andeutete, hat er in einem Aufsatz (Wirtschaftswoche, 14. September 1979) unterstrichen und verdeutlicht: Der Staat soll sich aus der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik zurückziehen und sozusagen in die Idealrolle eines "Nachtwächterstaates" liberalistischer Prägung des vorigen Jahrhunderts zurückkehren.

Diese Aussagen des Strauß-Intimus Biedenkopf verdienen höchste Aufmerksamkeit, weil sie Warnsignale darstellen und mit erstaunlicher Offenheit die neue Zielrichtung einer von Strauß bestimmten Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik der Union beschreiben: Soziale Demontage und Aufgabe einer sozial geprägten Wirtschaftspolitik.

Am Beispiel des Ruhrgebietes skizzierte Biedenkopf, was das heißt. Dazu schreibt er: "Unterbleiben Investitionen..., muß davon ausgegangen werden, daß sie sich nicht lohnen, weil kein Bedarf besteht oder sie zu den gegebenen Bedingungen nicht rentabel sind. (Das) gilt dann auch für staatliche Subventionen. Es ist nicht Aufgabe des Staates, ... auf dem Umweg über die Steuerhoheit zu Investitionen zu zwingen, die aus eigenem Antrieb nicht vorgenommen werden."

Das ist eine unmißverständliche Kampfansage an auch vorübergehende Hilfen für strukturschwache Regionen, eine Absage an Subventionen aus zum Beispiel energiepolitischen Gründen (Steinkohle) und die Entschlossenheit, Regionen notfalls ausbluten zu lassen, "weil kein Bedarf besteht".

Für die politische Meinungsbildung an der Ruhr ist diese grundsätzliche Frontstellung des westfälischen CDU-Vorsitzenden gegen öffentliche Hilfen für Umstrukturierung und Stärkung der Wirtschaft und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse an der Ruhr - aber nicht nur hier - eine begrüßenswerte Klarstellung.

Biedenkopf hat sich damit in die Front der Breuels und Jaumanns eingereiht, die das Revier wegen "Abstimmung mit den Füßen" beziehungsweise als "Kostgänger der Nation" keiner politischen Anstrengung für wert halten. Er hat aber auch gleichzeitig seinem rheinischen Kollegen Köppler eine Absage erteilt, der nicht laut genug verkünden kann, daß die Landes- und die Bundesregierung nicht genug zur Förderung des Reviers täten.

Bei Licht besehen ist Biedenkopfs neue wirtschaftspolitische Philosophie eine Wende der Unionspolitik um 180 Grad. Jedenfalls steht sie im Gegensatz zu allen bisherigen Praktiken und Forderungen solcher CDU- oder CSU-Landesregierungen, die von regional- oder strukturpolitischen Maßnahmen begünstigt sind. Sie steht auch im Gegensatz zur Auffassung der CDU-Wirtschaftspolitiker, die noch im Januar dieses Jahres anlässlich der Beratungen des 8. Rahmenplanes "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" im Wirtschaftsausschuß des Bundestages (in Übereinstimmung mit SPD und FDP) forderten, "sich bei der Neuabgrenzung der Fördergebiete für eine gleichgewichtige und angemessene Berücksichtigung industrieller Problemgebiete (zum Beispiel Ruhr und Küste) einzusetzen". Nur am Rande sei erwähnt, daß Biedenkopf an dieser Sitzung teilgenommen hat.

Nach diesen Klarstellungen kann niemand mehr sagen, er hätte nicht gewußt, wie eine von Strauß geführte Bundesregierung mit einem Wirtschaftsminister Biedenkopf die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Landschaft umkrepeln würde. (-27.9.79/vo-he/ca)



Gemeinsame Verantwortung

Immer mehr Beziehungen, die vertrauensbildend wirken

Von Evžen Erban

Präsident des Tschechischen Nationalrates

Unsere Völker entwickelten sich tausend Jahre lang in enger Nachbarschaft. Ihr Beitrag zur Entfaltung der europäischen Kultur, Wissenschaft und Industrialisierung ist ein bedeutender. Die gesamte Geschichte der Beziehungen zwischen den Völkern unserer Länder ist jedoch durch widersprüchliche, oft sogar tragische Elemente gekennzeichnet. In den letzten Jahren wurden die schwierigen, aber hoffnungsvollen Bemühungen, überall dort, wo es unseren gemeinsamen Interessen entspricht, zu einer Zusammenarbeit zu gelangen, zu einem wichtigen Bestandteil der humanen Bewegung für Frieden und Völkerverständigung. Die Entfaltung unserer beiderseitigen friedlichen Zusammenarbeit bedeutet natürlich keine Verwischung der grundsätzlichen Unterschiede in Ideologie und Gesellschaftssystem. Im Gegenteil, ihr beiderseitiges Respektieren derselben ist eine der Bedingungen unserer neuen Beziehungen.

Mit der Unterzeichnung des Vertrages über die Beziehungen zwischen der CSSR und der BRD am 11. Dezember 1973 in Prag überwinden wir die Nachkriegsperiode der aufgewühlten Gefühle und des Mißtrauens. Ein entscheidender Faktor war dabei die wachsende Einsicht der Menschen in diesem Teil Europas, daß ein weiterer Krieg eine unvorstellbare Katastrophe der Menschheit darstellen würde und daß die Erhaltung des Friedens auf unserem gemeinsamen Kontinent eine breite Zusammenarbeit zwischen unseren benachbarten, wirtschaftlich und kulturell hochentwickelten Ländern ermöglicht. Die Bestrebungen der Regierungen, unterstützt von der überwiegenden Mehrheit der Öffentlichkeit unserer Länder, schafften so den rechtlichen Rahmen für die Entfaltung gleichberechtigter, beiderseitig vorteilhafter Beziehungen und dauernder Zusammenarbeit. Dabei war es notwendig, auch jenes tragische Kapitel im Leben unserer Völker gerecht zu werden, das im Münchner Diktat gipfelte.

Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen entwickelten sich Kontakte auf verschiedenen Regierungs- und anderen Ebenen.

Das beiderseitige Bemühen, im Geiste der Schlußakte von Helsinki zu handeln, wurde stark durch die Besuche der Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien im Bundestag, Herrn Herbert Wehner und Herrn Wolfgang Mischnick, in Prag unterstützt.

Wir sind uns dessen bewußt, daß ein jeder Vertrag nur eine Grundlage ist, auf der gegenseitige Bestrebungen bei gutem Willen beider Partner eine breit angelegte, konstruktive Zusammenarbeit aufbauen können. Bei der Durchführung des Vertrages aus dem Jahre 1973 konnten wir in den Jahren 1977 und 1978 beträchtliche Fortschritte wahrnehmen. Wirtschaftliche Beziehungen entwickelten sich zufriedenstellend und wir unterzeichneten ein Kulturabkommen. Befriedigend entwickelten sich auch die Beziehungen auf dem Gebiet des Schulwesens und der Wissenschaft. Im Touristenverkehr wurde eine nie dagewesenes Niveau erreicht. Der Höhepunkt der ersten Etappe in unseren Beziehungen seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahre 1973 war der Besuch des Präsidenten der CSSR, Dr. Gustáv Husáks, in der Bundesrepublik im Jahre 1978. Anlässlich dieses Besuches wurde eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die Anregungen für die weitere Entwicklung und Vertiefung unserer Zusammenarbeit enthielt.

Unsere bisherigen Kontakte und Beziehungen sind ein wichtiger Bestandteil des Lebens unseres Erdteils im Geiste der friedlichen Zusammenarbeit. Eine objektive Analyse



zeigt, daß zweifellos bemerkenswerte Fortschritte erzielt wurden, daß es jedoch noch zahlreiche ungenutzte Möglichkeiten einer Zusammenarbeit gibt, die aus den übereinstimmenden Interessen unserer Länder auf vielen Gebieten erfließen. Außerordentlich wichtig sind unsere Wirtschaftsbeziehungen. Ich denke dabei konkret an den Maschinenbau, die Elektrotechnik, die Energiewirtschaft und weitere Industriezweige. Die Volkswirtschaft ist ein wichtiger Faktor, dem in unseren gegenseitigen Beziehungen ständig große Aufmerksamkeit gewidmet wird. Der neueste Beweis dafür ist der Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten der CSSR, Jindrich Zahradnik in Bonn.

Die Entwicklung unserer beiden Länder setzt auch ein Wachstum der wirtschaftlichen Außenbeziehungen, der Einfuhr und Ausfuhr, voraus. Gegenüber der BRD ist unsere Handelsbilanz nicht genügend ausgeglichen. Die CSSR benötigt größere Absatzmöglichkeiten in der BRD. Ihre wirtschaftlichen Institutionen und Unternehmerkreise sollten uns in dieser Hinsicht etwas mehr entgegenkommen als bisher. Lassen Sie uns gemeinsam weitere Möglichkeiten der Kooperation, der Zusammenarbeit beim Export komplizierter Anlagen von Investitionskomplexen in dritte Länder suchen, ebenso wie Möglichkeiten einer wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, als Voraussetzung der Weiterentwicklung und Stabilitätssicherung unserer wirtschaftlichen Beziehungen.

Im Außenhandel der CSSR mit dem Westen, nimmt die BRD mit dem ungefähr 25-Prozent-Anteil, die erste Stelle ein. Ein ungewöhnlich wichtiger Bestandteil unserer Wirtschaftsbeziehungen mit der BRD ist unser Warenaustausch mit Bayern. Mit diesem Bundesland verwickeln wir ganze 43 Prozent unserer gesamten Ausfuhr in die Bundesrepublik. Diese Tatsache ist durch Tradition und unmittelbare Nachbarschaft gegeben, die sich im Handel in niedrigen Transportkosten günstig bemerkbar macht. Im langfristigen Durchschnitt stellen einen bedeutenden Posten in der tschechoslowakischen Ausfuhr nach Bayern verschiedene Rohstoffe und Textilwaren dar. Die Tschechoslowakei hingegen führt aus Bayern vor allem Maschinen, Erzeugnisse der Elektrotechnik und der chemischen Industrie ein.

Von insgesamt 17 Kooperationsabkommen zwischen unseren Betrieben wurden zwei mit Unternehmen in Bayern abgeschlossen, und zwar zwischen der tschechoslowakischen Außenhandelsorganisation KOVO und der Firma Siemens AG München, und der tschechoslowakischen Außenhandelsorganisation Pragoexport und der Firma Hannes Marker GmbH, Garmisch-Partenkirchen. Kooperationsvorschläge mit zwei weiteren Münchner Unternehmen stehen derzeit in Verhandlung.

Weitere Möglichkeiten sehen wir in der erweiterten Zusammenarbeit im Transportwesen, im Umweltschutz, bei der Lösung von Rohstoff- und anderen Problemen. Wir sind davon überzeugt, daß es uns gelingen wird, auch auf diesen Gebieten positive Ansatzpunkte für eine weitere, noch umfassendere Entwicklung zu finden.

In der Zeit, die seit dem Besuch des Staatspräsidenten der CSSR in der BRD vergangen ist, kam es auch zu einer Intensivierung der Beziehungen in der politischen Sphäre. Auch der Tschechische Nationalrat, als Parlament der Tschechischen Sozialistischen Republik, nimmt aktiv an diesen Beziehungen teil, die vertrauensbildend wirken und schrittweise politische, ökonomische, wissenschaftliche, kulturelle und weitere Beziehungen fördern sollen.

Wir haben Kontakte zu den zwei bedeutendsten Bundesländern der Bundesrepublik angeknüpft. Zwischen Nordrhein-Westfalen und der CSSR wurden Parlamentsdelegationen auf



höchster Ebene ausgetauscht. Unlängst besuchte Nordrhein-Westfalen, einer Einladung des Herrn Ministerpräsidenten Johannes Rau folgend, J. Koročák, stellvertretender Ministerpräsident der CSSR und Ministerpräsident der Tschechischen Sozialistischen Republik. Auch anlässlich seines Besuches wurden weitere Möglichkeiten, die Beziehungen zu erweitern, untersucht. Der Präsident des Landtages in Düsseldorf, im Einkommen mit den Vertretern aller drei politischen Fraktionen, vermittelte uns die Einladung einer weiteren Delegation des Tschechischen Nationalrates, dieses industriellste Land der Bundesrepublik zu besuchen. Weiter lud er eine Delegation der Hauptstadt Prag, den Rektor der Karls-Universität und eine Jugendgruppe ein.

Mein Besuch als Leiter einer Abgeordnetendelegation des Tschechischen Nationalrates und der Bundesversammlung Bayern knüpft an die Kontakte an, die bereits vor drei Jahren dank der Initiative der bayerischen Landesgruppe der SPD im Bundestag, unter der Führung ihres Vorsitzenden Dr. Alfons Bayerl, aufgenommen wurden.

Wir schätzen diese Initiative, denn dank ihr unterhalten wir auf dieser Linie Beziehungen zu Bayern, unserem unmittelbaren Nachbarn und wichtigen Wirtschaftspartner. Es wäre wünschenswert, wenn Initiativen dieser Art die Beziehungen zwischen der CSSR und der BRD auf allen Ebenen festigen würden. Wir wollen dazu in unserem beiderseitigen Interesse beitragen.

Vom beiderseitigen Interesse, die Zusammenarbeit und gutnachbarliche Beziehungen zu fördern, zeugt weiter der kürzliche Besuch des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen, Kurt Gscheidle, des Senatsvorsitzenden und Ersten Bürgermeisters Hamburgs, Ulrich Klose, des bayerischen Ministers für Wirtschaft und Transport, Anton Jaumann.

Traditionell reichhaltige und vielfältige Kulturbeziehungen tragen zum allseitigen Kennenlernen der Kultur unserer Völker, zur Erweiterung des kulturellen Dialogs, zur Vertiefung nachbarlicher Beziehungen bei. Ein zweifellos wichtiger Schritt in der Vertrauensstärkung und der Entfaltung der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Kennenlernens werden die von beiden Partnern erwogenen Partnerschaften zwischen den Städten Nürnberg und Brno, Wuppertal und Košice, Konstanz und Tábor sein.

Die Hauptaufgabe der Gegenwart sehen wir in dem Bestreben, den Frieden zu erhalten und keinen neuen Krieg zuzulassen, der alle Schrecken, die die Menschheit bisher erfahren mußte, übertreffen würde. Für die Völker Europas ist es von erstrangiger Bedeutung, daß die Wiener Konferenz über den Abbau der Streitkräfte und die Rüstung in Mitteleuropa - deren 19. Runde uns gerade bevorsteht - konkrete Ergebnisse zeigt. Die Ergreifung wirksamer Abrüstungsmaßnahmen würde unserer Ansicht nach zur Festigung der Sicherheit der Völker und des allgemeinen Vertrauens in zwischenstaatlichen Beziehungen führen, und somit auch zur Schaffung der günstigsten Voraussetzungen für eine gemeinsame Zusammenarbeit.

Unsere Reise ist mit dem Vertrauen verbunden, daß sich die Beziehungen zwischen unseren unmittelbar benachbarten Ländern im beiderseitigen Interesse und im Geiste der Verwirklichung des Vertrages zwischen der CSSR und der BRD weiterentwickeln werden. Gerne besuche ich erneut die Bundesrepublik und wünsche ihrem Volke, es möge in naher und in ferner Zukunft stets in Frieden und Zufriedenheit leben.

(-/27.9.1979/vo-he/oa)

Verantwortlich: Willi Carl

